

Initiative will freie Schulwahl ermöglichen

Der Lehrerinnen- und Lehrerverein lehnt das gestern eingereichte Volksbegehren aber ab

CHRISTIAN FINK

Mit einer Verfassungsinitiative soll das Monopol der Staatsschulen geknackt werden. Ziel ist die freie Schulwahl.

Viele Kinder und einige Eltern versammelten sich gestern Nachmittag vor dem Liestaler Regierungsgebäude. Nicht nur wegen des Samichlauses, der mit zwei Schmutzlis und zwei Eseln im Schlepptau die Rathausstrasse hinab spazierte. Der Hauptgrund war das Einreichen der Verfassungs-Initiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle». 2077 Unterschriften überreichte der Samichlaus im Namen der Elternlobby Schweiz. Landeschreiber Walter Mundschin nahm die Unterschriftenbogen entgegen.

Die Initiative fordert die freie Schulwahl (siehe Kasten). «Wir wollen unter den einzelnen staatlichen Schulen und unter den nichtstaatlichen Schulen wählen können. Uns Eltern ist es egal, ob eine Schule in staatlicher oder freier Trägerschaft ist. Hauptsache ist, unser Kind kann sich gut entfalten», sagte die El-

ternlobby-Präsidentin Pia Amacher. Die Initiative im Kanton Baselland ist ein Pilotversuch und soll auch auf andere Kantone ausgeweitet werden.

Die Anschubfinanzierung, sagte FDP-Landrätin Juliana Nufer, werde zu Beginn eine zusätzliche Belastung für den Kanton darstellen. Aber aufgrund der Teilautonomisierung der öffentlichen Schulen und der gesunden Konkurrenz mit den nichtstaatlichen Schulen gehen die Initianten davon aus, dass das Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen nachhaltig für alle sein werde.

MEHR WAHLFREIHEIT. «Wir als Eltern möchten die Schule, die zu unseren Kindern am besten passt und ihre Bedürfnisse berücksichtigt», sagte der Vizepräsident der Elternlobby Schweiz, Zsolt Joanovits. Und Pia Amacher ergänzte: «Wir haben in der Nordwestschweiz ein vielfältiges Bildungsangebot. Laut Baselpolitisches Bildungsgesetz können sich die teilautonomen und autonomen Schulen

ein pädagogisches und strukturelles Konzept geben. Doch was nützt uns die Bildungsvielfalt, wenn unsere Kinder von den Behörden allein nach dem Territorialitätsprinzip ins nächstgelegene Schulhaus eingewiesen werden?»

FREIE MARKTWIRTSCHAFT. Für SVP-Landrat Thomas de Courten hat die freie Schulwahl auch eine marktwirtschaftliche Bedeutung: «Wenn wir unsere Kin-

der auf die Realitäten der Arbeitswelt vorbereiten wollen, dann müssen wir sie bereits in der Schule mit den Gesetzmässigkeiten und Mechanismen der freien Marktwirtschaft vertraut machen.» Dabei dürften sich die Schulen dieser «für unseren Wohlstand sehr wohl entscheidenden und erfolgreichen Marktordnung» nicht entziehen.

Heini Mundwiler, pensionierter Primarlehrer aus Hölstein und ebenfalls

Mitglied des Initiativkomitees, verwies in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeiten von Neugründungen nicht-staatlicher Schulen. «Unsere Initiative eröffnet diese Möglichkeiten.» Beispielsweise könnte eine Vereinigung von Eltern mit körperlich behinderten Kindern Lehrpersonen suchen, «die bereit wären, eine Schule zu gründen, die sich die Integration körperlich Behinderter in Regelklassen zum Ziel setzt».

LEHRERVEREIN SAGT NEIN. Zur Initiative liegt seitens des kantonalen Lehrerinnen- und Lehrervereins (LVB) bereits eine eindeutige Stellungnahme vor: «Eine solche Änderung ist kompromisslos abzulehnen», schreibt der Verein. Da die Unternehmung «erklärtermassen exemplarischen Charakter zwecks späterer Ausdehnung auf die ganze Schweiz» habe, werde der Verein diese Initiative im Verbund mit seinem Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer bekämpfen.

Staat soll auch für Privatschüler zahlen

ELTERNRECHT. Mit der Initiative strebt die Elternlobby die freie Schulwahl an: «Eltern können zwischen den einzelnen öffentlichen und den nichtstaatlichen Schulen wählen», heisst es im Initiativtext. Wie dies finanziert werden soll, umschreibt der nächste Absatz: «Der Unterricht an nichtstaatlichen Schulen in der Schweiz wird für Kantoneinwohner

durch die staatlichen Schulträger entsprechend den Durchschnittskosten der öffentlichen Schulen finanziert, sofern der Zugang ohne Einschränkung gewährleistet ist.» Die FDP-Landrätin Juliana Nufer ergänzt: «Ein Kind an einer nichtstaatlichen Schule erhält vom Staat den gleichen Durchschnittsbetrag, den ein Kind an einer staatlichen Schule kostet.» cf